

Quo vadis Gesundheitssystem?

Im Vorfeld der umstrittenen Finanzierungsreform im Gesundheitswesen diskutierten beim „Forum Gesundheit 2010“ der Ärztekammer Nordrhein vier nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete mit Mülheimer Ärztinnen und Ärzten.

von Horst Schumacher

Der Deutsche Wetterdienst hat mittags eine Unwetterwarnung herausgegeben für Nordrhein-Westfalen, mit starkem Schneefall und Schneeverwehungen sei zu rechnen. In Mülheim an der Ruhr zeigt das Thermometer am Abend plus drei Grad, während sich ein Versammlungsraum des Evangelischen Krankenhauses mit Ärztinnen und Ärzten füllt. Hier geht es heute nicht um Frakturen und Prellungen, sondern um die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens. Zu ihrer Mitgliederversammlung „Forum Gesundheit 2010“ erwartet die Kreisstelle Mülheim der Ärztekammer Nordrhein vier Bundestagsabgeordnete aus NRW, alle Mitglieder des Gesundheitsausschusses.

Was sich bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2013 verändert haben wird, fragt der Mülheimer Kreisstellenvorsitzende Uwe Brock die Parlamentarier, während draußen Eisregen niederregnet. Ulrike Flach, örtliche Bundestagsabgeordnete, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, kann keinen Frühling versprechen: „Es wird überhaupt keine einfache Zeit“, sagt sie, „es gilt, die Gesundheit in ihrer Struktur neu auszurichten und gleichzeitig das Steuersystem zu reformieren.“

Das sei in vier Jahren nicht zu schaffen, aber die Koalition werde sich „auf den Weg begeben“ und „kaum mehr umkehrbare“ Reformen einleiten, so Flach. Die FDP wolle die Einnahmenseite des Gesundheitssystems „vom Kopf auf die Füße stellen“ mit dem von ihr angestrebten System einkommensabhängiger Prämien sowie einem Sozialausgleich über das Steuersystem, das Ganze bei fixem Arbeitgeberbeitrag.

Die Entwicklung des Gesundheitswesens sei „abhängig vom wirtschaftlichen Er-



Auf dem Podium bei der Kreisstellenversammlung der Ärztekammer in Mülheim an der Ruhr: Moderator Andreas Heinrich, Leiter der Lokalredaktion der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, und die Mitglieder des Bundestags-Gesundheitsausschusses Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen), Bärbel Bas (SPD), Rudolf Henke (CDU) und Ulrike Flach (FDP). Ganz rechts Uwe Brock, Vorstandmitglied der Ärztekammer Nordrhein und Vorsitzender der Kreisstelle Mülheim.

FotoPool/WAZ/Alexandra Umbach

folg des ganzen Landes“, betont der Aachener Abgeordnete Rudolf Henke von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Ärztinnen und Ärzten bekannt als internistischer Kollege, Bundesvorsitzender des Marburger Bundes und Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein.

Solidarität muss erhalten bleiben

Auch die Ärzteschaft müsse ein „massives Interesse“ an Wachstum, Haushaltskonsolidierung, Bildung, Forschung und Innovation haben, meint er. In der Wirtschaftspolitik liegt nach Henkes Überzeugung der Schlüssel zum Erfolg – auch bei der Finanzierung des Gesundheitswesens. Im künftigen System müsse die Solidarität erhalten bleiben, fordert er. Es dürfe keinen Unterschied, etwa nach Einkommen oder Versichererstatus, im Zugang zu medizinischen Leistungen geben.

Solidarität hat auch für die Duisburger SPD-Abgeordnete Bärbel Bas, zu deren Wahlkreis unter anderem der Stadtbezirk Rheinhausen gehört, einen hohen Stellenwert. Sie setzt sich für einkommensabhängige Beiträge zur Finanzierung des Gesundheitssystems im Rahmen der von SPD und Grünen geforderten Bürgerversicherung ein. Bas bezweifelt, dass in einem System der einkommensunabhängigen Prämien genügend Geld für den von der FDP angestrebten Sozialausgleich über das Steuersystem vorhanden wäre. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge werde auf eine Entsolidarisierung und eine „einseitige Belastung der Versicherten“ hinauslaufen. „Ich will den Arbeitgeber nicht

aus der Verantwortung entlassen“, sagt Bas. Wenn der traditionelle Weg der paritätischen Finanzierung ganz verlassen werde, so sei auch die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber an den Gremien der Selbstverwaltung zu hinterfragen.

Eine „massive Umverteilung von Wenigverdienern zu Gutverdienern“ befürchtet die Münsteranerin Maria Klein-Schmeink von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das betreffe Gesundheitspolitik wie Steuerpolitik. Eine solche Politik werde zu „sozialer Spaltung“ und „sozialem Unfrieden“ führen. Klein-Schmeink hält der Regierungskoalition vor, die Steuern senken zu wollen und gleichzeitig einen milliardenschweren Sozialausgleich für das Gesundheitswesen aus Steuermitteln zu planen: „Das passt logisch nicht zueinander.“

In der Diskussion klagt ein niedergelassener Arzt über die „Almosen“, die er derzeit für die Regelversorgung seiner Patienten erhalte. Mit fünf bis zehn Euro pro Monat sei eine vernünftige medizinische Versorgung nicht zu leisten. Das können die Politiker nachvollziehen. Rudolf Henke weist darauf hin, dass Nordrhein und Westfalen-Lippe bei der jüngsten Honorarreform „miserabel“ abgeschnitten haben. „Das ist ein dringend korrekturbedürftiges Thema“, sagt er. Ulrike Flach verspricht ein einfaches und verständliches Vergütungssystem. Zum Verfall der Regelleistungsvolumina in Nordrhein sagt sie, angesichts der im Jahr 2009 um drei Milliarden Euro gestiegenen Gesamtvergütung müsse „irgendwas mit dem Verteilungsmechanismus schiefgelaufen sein“.